Naturschutz, Landschaftspflege, Vogelschutz — in Hannover, beim Landkreis Helmstedt und der Stadt Schöningen. Die Karte kann dort während der Sprechstunden eingesehen werden.

§ 4

(¹) Im Bereich des Naturschutzgebietes dürfen keine Maßnahmen vorgenommen werden, die geeignet sind, eine Veränderung oder Beeinträchtigung der Natur, insbesondere der Pflanzen- und Tierwelt, der Oberflächengewässer, der Grundwasser- und Nährstoffverhältnisse und der Bodengestalt herbeizuführen.

(²) Vorbehaltlich der in § 5 getroffenen Regelung ist deshalb insbesondere verboten:

- a) die gegenwärtige Art der Bodennutzung zu ändern,
- b) Maßnahmen zur Kultivierung bisher nicht genutzter Flächen einschließlich genereller Absenkung des Wasserstandes durchzuführen,
- c) Bodenbestandteile zu entnehmen, Stoffe aller Art aufzuschütten oder einzubringen oder die Bodengestalt zu verändern,
- d) Einzelbäume zu schlagen, Feldgehölze und andere Gehölzbestände kahlzuschlagen, zu roden oder auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- e) sonstige Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden, abzureißen oder auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- f) die Pflanzendecke abzubrennen und auf nicht ordnungsgemäß land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen Pflanzenbehandlungsmittel im Sinne des Pflanzenschutzgesetzes auszubringen,
- g) Stallung, Rübenblätter oder Stroh abzulagern,
- h) Anpflanzungen und Aufforstungen vorzunehmen oder auf andere Weise Pflanzen einzubringen,
- i) Tiere aller Art einzubringen,
- j) bauliche Anlagen aller Art (einschließlich Verkehrsanlagen und militärische Anlagen) sowie Einfriedigungen, Absperrungen, auch wenn sie keiner bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern,
- k) Werbeeinrichtungen, Tafeln oder Inschriften anzubringen, soweit sie nicht auf den Naturschutz oder den Verkehr bezogen sind oder als Ortshinweise dienen,
- l) ortsfeste Draht- und Rohrleitungen zu bauen,
- m) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen, zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten freilebender Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
- n) die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören (insbesondere durch Tonwiedergabegeräte jeder Art, Modellflugzeuge u. ä.),
- o) das Gebiet außer auf den dafür zugelassenen Wegen zu betreten und Hunde frei laufen zu lassen,
- p) zu lagern, zu zelten oder Wohnwagen und andere für die Unterkunft geeignete Fahrzeuge oder Einrichtungen aufzustellen,
- q) Feuer anzumachen,
- r) Müll, Schutt, Feldsteine, Schrott, Abraum oder sonstige Abfälle wegzuwerfen oder abzulagern oder das Gebiet auf andere Weise zu verunreinigen.

(³) Die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten haben ihnen bekanntwerdende Schäden und Beeinträchtigungen des Naturschutzgebietes unverzüglich der Bezirksregierung Braunschweig oder dem Landkreis Helmstedt zu melden.

Sie haben die von der Bezirksregierung in Braunschweig angeordneten Schutz-, Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen sowie Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden oder Verunstaltungen zu dulden.

§ 5

Unberührt bleibt die bisherige Nutzung in der bisher üblichen Weise, insbesondere

- a) die landwirtschaftliche Nutzung im Rahmen eines landwirtschaftlichen Betriebes im bisherigen Umfange,
- b) die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd,
- c) das Betreten und Befahren der Wege und Nutzflächen durch die Besitzer oder Nutzungsberechtigten.

§ 6

Von den Verboten dieser Verordnung kann die Bezirksregierung Braunschweig auf Antrag Befreiung gewähren, wenn

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist, oder
 - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

§ 7

(¹) Wer vorsätzlich entgegen dem Verbot des § 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz (RNG) ohne die erforderliche Genehmigung Veränderungen im Naturschutzgebiet vornimmt, wird gemäß § 21 Nr. 1 RNG mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder einer Geldstrafe bestraft, soweit nicht eine schärfere Strafbestimmung anzuwenden ist. Die fahrlässige Zuwiderhandlung wird gemäß § 21 a) Abs. 1 Nr. 1 Reichsnaturschutzgesetzes als Ordnungswidrigkeit geahndet.

Gemäß § 21 a) Abs. 1 RNG handelt ferner ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig den in § 4 Abs. 2 Buchst. a) bis r) dieser Verordnung genannten Verboten zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

(²) Sachen, die durch eine Straftat nach § 21 oder durch eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 a) RNG erlangt sind, können eingezogen werden.

(³) Zwangsmaßnahmen aufgrund sonstiger Vorschriften bleiben unberührt.

§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den 26. Mai 1981

Az.: 507.22 2221 BR 40

Bezirksregierung Braunschweig

Passow
Regierungspräsident

159.

**Verordnung
über das Naturschutzgebiet „Derenmoor“
bei Bokensdorf, Samtgemeinde Boldecker Land,
Landkreis Gifhorn**

vom 05. Juni 1981

Aufgrund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 und 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 in der Fassung vom 20. Januar 1938 (Nieders. GVBl. Sb. II S. 908), zuletzt geändert durch Art. 49 des Zweiten Anpassungsgesetzes vom 02. Dezember 1974 (Nieders. GVBl. S. 535) sowie des § 7 Abs. 1, 5 und des § 17 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 in der Fassung vom 16. September 1938 (Nieders. GVBl. Sb. II S. 911), zuletzt geändert durch Art. 4 der Verordnung vom 15. August 1975 (Nieders. GVBl. S. 289) wird hiermit verordnet:

§ 1

Das „Derenmoor“ bei Bokensdorf, Samtgemeinde Boldecker Land, Landkreis Gifhorn, ist von mir in dem in § 3 näher bezeichneten Umfang als Naturschutzgebiet am 05. Juni 1981 in das Naturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt worden.

§ 2

Das „Derenmoor“ ist ein wenig gestörtes Gebiet und bedeutungsvoll für moorgebundene Pflanzen und Tiere. Es hat für Forschung und Lehre einen großen Wert.

§ 3

(¹) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von ca. 73 ha und umfaßt nach dem Stand des Katasters vom 10. 06. 1979 folgende Flurstücke: Gemarkung Bokensdorf, Flur 1, Flurstücke 157/84 teilweise, 84/1, 159/85 teilweise, 85/1, 86, 87, 100, Flur 2, Flurstücke 1/1, 2/1, 3, 4/1, 5, 6, 7/1, 8/1, 7/2, 8/2, 9/1, 9/2, 7/3, 8/3, 9/3, 10/1, 11/1, 14/2, 14/3 und 52.

(²) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in dem als Anlage mitveröffentlichten Ausschnitt der Karte im Maßstab 1 : 25.000 eingetragen. Die Grenze verläuft an der dem Naturschutzgebiet zugekehrten Seite der durch eine schwarze Punktreihe markierten Leitlinien (Straßen, Wege, Grundstücksabgrenzungen usw.).

(³) Der Zustand und die derzeitige Nutzung innerhalb des Gebietes sind in einer Zustandskarte im Maßstab 1 : 5.000 nach dem Stande vom 21. Januar 1980 eingetragen. Die Karte ist bei der Bezirksregierung Braunschweig, beim Landkreis Gifhorn, bei der Samtgemeinde Boldecker Land und beim Niedersächsischen Landesverwaltungsamt — Naturschutz, Landschaftspflege, Vogelschutz — in Hannover hinterlegt und kann während der Sprechzeiten eingesehen werden.

§ 4

(¹) Im Bereich des Naturschutzgebietes dürfen keine Maßnahmen vorgenommen werden, die geeignet sind, eine Veränderung oder Beeinträchtigung der Natur, insbesondere der Pflanzen- und Tierwelt, der Oberflächengewässer, der Grundwasser- und Nährstoffverhältnisse und der Bodengestalt herbeizuführen.

(²) Vorbehaltlich der in § 5 getroffenen Regelung ist deshalb insbesondere verboten:

- a) die gegenwärtige Art der Bodennutzung zu ändern,
- b) Maßnahmen zur Entwässerung des Gebietes und zur Kultivierung bisher nicht genutzter Flächen einschließlich genereller Absenkung des Wasserstandes durchzuführen, Teiche anzulegen und Torf abzubauen,
- c) Bodenbestandteile zu entnehmen, Stoffe aller Art aufzuschütten oder einzubringen oder die Bodengestalt einschließlich der Wasserläufe und Moorbildungen auf andere Weise zu verändern,
- d) Einzelbäume zu schlagen, Feldgehölze und andere Gehölzbestände, insbesondere Bruchwald kahlzuschlagen, zu roden oder auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- e) sonstige Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden, abzureißen oder auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- f) die Pflanzendecke abzubrennen und auf nicht ordnungsgemäß land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen Biozide aller Art einzubringen,
- g) Neuanpflanzungen und Erstaufforstungen vorzunehmen oder auf andere Weise Pflanzen einzubringen,
- h) Artfremde Tiere einzubringen oder in das Gebiet einzulassen,
- i) bauliche Anlagen aller Art (einschließlich Verkehrsanlagen und militärische Anlagen) sowie Einfriedungen, Absperrungen, auch wenn sie keiner bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern,
- k) Camping-, Zelt-, Park- und Lagerplätze einzurichten,
- l) Werbeeinrichtungen, Tafeln oder Inschriften anzubringen, soweit sie sich nicht auf den Naturschutz oder den Verkehr beziehen oder als Ortshinweise dienen,

m) ortsfeste Draht- und Rohrleitungen zu bauen,

n) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen, zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten freilebender Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,

o) die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören (insbesondere durch Tonwiedergabegeräte jeder Art, Modellflugzeuge u. ä.),

p) das Gebiet außer auf den dafür zugelassenen Wegen zu betreten und Hunde frei laufen zu lassen,

q) zu lagern, zu zelten oder Wohnwagen und andere für die Unterkunft geeignete Fahrzeuge oder Einrichtungen aufzustellen,

r) außerhalb der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze Kraftfahrzeuge zu fahren, abzustellen oder zu waschen,

s) Feuer anzumachen,

t) Müll, Schutt, Schrott, Abraum oder sonstige Abfälle wegzuerwerfen oder abzulagern oder das Gebiet auf andere Weise zu verunreinigen.

(³) Die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten haben ihnen bekanntwerdende Schäden und Beeinträchtigungen des Naturschutzgebietes unverzüglich der Bezirksregierung Braunschweig oder dem Landkreis Gifhorn zu melden. Sie haben die von der Bezirksregierung Braunschweig angeordneten Schutz-, Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen sowie Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden oder Verunstaltungen zu dulden.

§ 5

Unberührt bleibt die bisherige Nutzung in der bisher üblichen Weise, insbesondere

- a) die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung im Rahmen eines landwirtschaftlichen Betriebes auf den vorhandenen Grünlandflächen im bisherigen Umfang,
- b) die ordnungsgemäße mechanische Unterhaltung von Gewässern (aufgrund geltender gesetzlicher Vorschriften); Grundräumungen sind der höheren Naturschutzbehörde 6 Wochen vor Durchführung anzuzeigen,
- c) die ordnungsgemäße Bewirtschaftung von Waldbeständen im bisherigen Umfang. Beeinflussungen bisher nicht genutzter Flächen, insbesondere hinsichtlich der Wasser- und Nährstoffverhältnisse, sind zu vermeiden; Moorbildungen dürfen durch die Nutzung nicht beeinträchtigt werden,
- d) die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, soweit sie nach dem Jagdrecht nicht eingeschränkt ist,
- e) das Betreten und Befahren der Wege und Nutzflächen des Gebietes durch die Besitzer und Nutzungsberechtigten.

§ 6

Von den Verboten dieser Verordnung kann die Bezirksregierung Braunschweig auf Antrag im Einzelfall Befreiung gewähren, wenn

- 1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
- 2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

§ 7

(¹) Wer vorsätzlich entgegen dem Verbot des § 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz (RNG) ohne die erforderliche Genehmigung Veränderungen im Naturschutzgebiet vornimmt, wird gemäß § 21 Nr. 1 RNG mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder einer Geldstrafe bestraft, soweit nicht eine schärfere Strafbestimmung anzuwenden ist. Die fahrlässige Zuwiderhandlung wird gem. § 21 a Abs. 1 Nr. 1 Reichsnaturschutzgesetz als Ordnungswidrigkeit geahndet.

Gemäß § 21 a Abs. 1 RNG handelt ferner ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig den in § 4 Abs. 2 Buchst. a) bis t) dieser Verordnung genannten Verboten zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,— DM geahndet werden.

(²) Sachen, die durch eine Straftat nach § 21 RNG oder durch eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 a RNG erlangt sind, können eingezogen werden.

(³) Zwangsmaßnahmen aufgrund sonstiger Vorschriften bleiben unberührt.

§ 8

(¹) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Braunschweig in Kraft.

(²) Gleichzeitig tritt die Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Bereich der Gemeinden Sassenburg, der Samtgemeinden Wesendorf, Boldecker Land, Hankensbüttel und der Städte Wittingen und Gifhorn im Landkreis Gifhorn — Landschaftsschutzgebiet „Ostheide“ GF 23 — vom 18. August 1977 (Amtsblatt für den Niedersächsischen Verwaltungsbezirk Braunschweig) außer Kraft, soweit sie die im § 3 genannten Flurstücke betrifft.

Braunschweig, 05. Juni 1981
— 507.22 221 — BR 32 —

Bezirksregierung Braunschweig

Passow
Regierungspräsident

160.

Ermächtigungsverordnung zum Erlaß einer Verordnung zum Schutze des Landschaftsteiles „Geitelder Holz und umgebende Feldflur“ in der Stadt Braunschweig

Aufgrund der §§ 1, 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 i. d. F. vom 20. Januar 1938 (Nieders. GVBl. Sammelband II S. 908) zuletzt geändert durch Artikel 49 des 2. Anpassungsgesetzes vom 02. 12. 1974 (Nieders. GVBl. S. 535) sowie aufgrund des § 13 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 i. d. F. vom 16. September 1938 (Nieders. GVBl. Sammelband II S. 911) zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 15. August 1975 (Nieders. GVBl. S. 289) wird hiermit verordnet:

§ 1

Die Stadt Braunschweig als untere Naturschutzbehörde wird hiermit ermächtigt, die in § 2 dieser Verordnung näher festgelegten Landschaftsteile in der Stadt Braunschweig zum Landschaftsschutzgebiet gem. § 5 des Reichsnaturschutzgesetzes zu erklären und die erforderlichen Anordnungen nach § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes zu treffen.

§ 2

Das geplante Landschaftsschutzgebiet „Geitelder Holz und umgebende Feldflur“ ist wie folgt begrenzt:

Im Westen durch die östliche Grabengrenze der Steinbergstraße, der Verkehrsverbindung zwischen den Ortsteilen Broitzem und Geitelde; im Norden in der Gemarkung Broitzem der Flur 3 durch die Nordgrenze der Flurstücke 188/1 und 188/2, der ehem. „Steinkuhle“ — durch die Ortsgrenze des Flurstückes 188/2 — durch die Nordgrenze des Weges südlich des Fernsehturms (Flurstück 234) — durch die Westgrenze des Flurstücks 190 — durch die Südgrenze des Weges zwischen Steinbergstraße und Turmstraße (Flurstück 231), in der Gemarkung Rünigen in der Flur 2 durch die südliche Grenze des Weges östlich der Turmstraße (Flurstücke 306, 541, 555/4) — durch eine gedachte Linie von der Nordost-Ecke des Flurstücks 177/2 über die Flurstücke 178, 179, 180 und 181 zu einem

Punkt auf der Ostgrenze des Flurstücks 181, 150 m nördlich der Südgrenze dieses Flurstücks — durch die Südgrenze des Flurstücks 174/9 — durch die Südgrenze des Weges in Richtung Rünigen (Flurstücke 174/11 und 174/12); im Osten durch die westliche Grabengrenze der B 490 — ausgeklammert wird das Tankstellengrundstück an der Westseite der B 490, Gemarkung Rünigen, Flur 3, Flurstück 84/182; im Süden in der Gemarkung Geitelde in der Flur 4 durch die Nordgrenze des Weges zwischen den Ortsteilen Leiferde und Geitelde Flurstück 87, — durch die Ostgrenze dieses Weges als Flurstück 80 — durch die Nordgrenze dieses Weges als Flurstück 113 — durch die Ostgrenze dieses Weges als Flurstück 103 bis an die nördliche Grabengrenze der Rünigenstr. — durch die Südgrenze des Grabens in der Flur 5, Flurstück 14.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den 20. Mai 1981
507.22231 BS 15

Bezirksregierung Braunschweig

Passow
Regierungspräsident

161.

Verordnung über die Aufhebung der Schonzeit für nichtführende Alttiere

Aufgrund des § 22 in Verbindung mit § 27 des Bundesjagdgesetzes vom 29. September 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 2850) in Verbindung mit Art. 31 des Niedersächsischen Landesjagdgesetzes in der Fassung vom 24. Februar 1978 — (Nieders. GVBl. S. 218) wird verordnet:

§ 1

Aus Gründen der Wildhege und zur Vermeidung von übermäßigen Wildschäden wird die Schonzeit für nichtführende Alttiere für die Zeit vom 15. Juni 1981 bis zum 31. Juli 1981 aufgehoben.

§ 2

Die Aufhebung der Schonzeit gilt für das Gebiet des Rotwildringes Harz.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für die Bezirksregierung Braunschweig in Kraft.

Sie tritt am 1. August 1981 außer Kraft.

Braunschweig, den 25. Mai 1981

Bezirksregierung Braunschweig

Passow
Regierungspräsident

162.

Stiftung

Die Bezirksregierung Braunschweig hat mit Verfügung vom 02. 06. 1981 — 301.11741/42-35 — die Errichtung der „Richard Borek Stiftung“ in Braunschweig genehmigt.

§ 2 Abs. 1 der Stiftungssatzung vom 29. 05. 81 hat folgenden Wortlaut:

„Zweck der Stiftung ist die Heimat- und Denkmalpflege sowie der Natur- und Umweltschutz in Braunschweig, ins-